

Nachrichten aus Erziehung, Wissenschaft, Schule & Studium – Hannover



NEULICH BEI DEN PHILOS : FRAUKES COMING-OUT !

INHALT

	Seite 2	Corvus – Von Schlafwandlern und Alpträumen
BERICHTE	Seite 3	Erinnerung macht Schule
	Seite 4	Aus dem Schulausschuss
	Seiten 4/5	Region Hannover plant die dritte Umstrukturierung ihrer berufsbildenden Schulen
	Seite 5	Die BBS 6 und Kritik an deren vorgesehenen Zerschlagung aus pädagogischer Sicht
AKTIONEN	Seite 6	7. Gesamtschultag mit Beteiligung von Bildungsbündnis Niedersachsen und GEW
	Seite 6	Wechsel in der GEW-Fraktion des SBPR
AKTUELLES	Seite 7	Terminerinnerung Mitgliederversammlung; Einladung zum Sommerfest 2014
	Seite 8	Einladung zum Themenarbeit
	Seite 8	Entwürdigende Hängepartie
	Seite 8	Kerstin Engel macht Studierendenarbeit an der Uni Hannover

Wer schläft, sündigt nicht. Volkswisheit

Von Schlafwandlern und Albträumen

Neben religiösen Feiertagen markieren Gedenktage unseren Jahreslauf. Sie gelten Themen und Ereignissen, die das öffentliche Geschichtsbewusstsein prägen oder darin gehalten werden sollen. Da die Konstituierung moderner Nationalstaaten häufig kriegerisch erfolgte, haben solche Gedenktage oft einen entsprechenden Bezug. So wurde im wilhelminischen Reich mit dem „Sedantag“ das zentrale Ereignis, das Wilhelm I. zum Kaiser gemacht hatte, mit militärischem Gepränge gefeiert: die Kapitulation der Truppen Napoleons III. Als diese Herrlichkeit 1918 am Ende der Schlächtereie des Weltkriegs, den wir heute den 1. nennen, zerstoßen war, aber eine revolutionäre Antwort auf die Katastrophe unterdrückt werden konnte, versuchten besonders die nationalkonservativen Eliten die zerrissene Nation in der Trauer um die Gefallenen zu eintreten. 1926 wurde der „Volkstrauertag“ zum ersten Mal begangen, allerdings nur mit begrenzter Resonanz. Die Kulisse bildeten die allerorten errichteten – mehr oder weniger martialisch gestalteten – Kriegerdenkmale. Die Deutschen Faschisten machten dann den Trauertag 1934 zum „Heldengedenktag“.

1946, nachdem der 2. Krieg um die deutsche Vorherrschaft in Europa und in der Welt mit seinen grässlichen und um ein Vielfaches höheren Opferzahlen zu Ende war, begann man in den Westzonen wieder um „unsere Gefallenen“ öffentlich zu trauern. 1952 wurde dann der Volkstrauertag vom Frühjahr in den Spätherbst verlegt, weil er da besser in das Kirchenjahr passt. Trotz aller öffentlichen Bekundungen, es gehe dabei um alle Opfer von Krieg und Gewalt, kann man – besonders in der Provinz – immer noch Zeuge makabrer Aufzüge werden, bei denen die örtlichen Honoratioren, die Geistlichkeit, die Feu-

erwehr und die Sportvereine zusammen mit uniformierten Soldaten und Reservisten „ihrer“ Gefallenen gedenken. Fackeln und „Das Lied vom Kameraden“ dürfen dabei nicht fehlen. Immer aber verdeckt die Routine solcher Gedenktage die Albträume, die an ihrem Anfang standen. Vierzig Jahre vergingen, bis der 8. Mai 1945 offiziell nicht mehr als Jahrestag des „Zusammenbruchs“, sondern als „Tag der Befreiung“ angesehen wurde. Erst nach 51 Jahren wurde dann der 27. Januar, der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee, zum nationalen Gedenktag erhoben. Zu gesetzlichen Feiertagen gleich dem „Tag der Deutschen Einheit“ haben es beide Gedenktage nicht gebracht.

Die Jubiläumsarithmetik auf der Basis der Zahl 25 ermöglicht zusätzlich intensivere Auseinandersetzungen mit unserer Vergangenheit. Zuletzt wurde 2013 Interessierten ein umfangreiches Programm zum Jahr der Machtübergabe an die Nazipartei und deren verheerende Folgen geboten. Ob dabei die sozialen Triebkräfte und Interessen hinreichend aufgeklärt wurden, sei dahingestellt. Dieses Jahr gilt natürlich dem Gedenken an den 1. Weltkrieg. Der Streit um die Verantwortung für diese

Katastrophe war über Jahrzehnte Vehikel für nationale und internationale Machtpolitik. Als Fritz Fischer mit seiner These von der bestimmenden Rolle der deutschen Großmachtinteressen („Griff nach der Weltmacht“, 1961) hervortrat, geriet die Zunft seiner Historikerkollegen noch mal in helle Aufregung. Rechtzeitig zum hundertsten Jahrestag trat nun Christopher Clark mit seiner Schlafwandler-These auf den Plan und eroberte das deutsche Feuilleton. Er wärmte damit die „Versöhnungsformel“ des ehemaligen britischen Premiers Lloyd George vom „Hineinschlittern“ der Großmächte wieder auf. Gleichviel, solange Regierungen durch ihre Planungen und Entscheidungen solche Gemetzel verursachen können, ohne dass ihnen jemand in den Arm fällt, haben wir Grund zu Albträumen.

Dieser 1. Krieg wurde schließlich auf russischer und später auf deutscher Seite durch massenhafte Meuterei und Desertion beendet. Im 2. Krieg gelang das nicht. Zwar desertierten nach verschiedenen Schätzungen mehr als 100 000 deutsche Soldaten. 30 000 von ihnen wurden ergriffen und zum Tode verurteilt, 26 000 hingerichtet. Wie viele von den „Fliegenden Standgerichten“ in den letzten Kriegswochen ermordet wurden, ist unklar. Eine gewissenlose militärische Führung versuchte so, jedes Dorf, jede Straße, bis zum letzten Hitlerjungen zu „verteidigen“. Deserteure und „Kriegsverräter“ endlich auch in Hannover offiziell und nicht nur durch eine Privatinitiative zu ehren, wäre ein wirkliches Zeichen der Erinnerungskultur in dieser Stadt! Aber da ist ja immer noch die 1. Panzerdivision als Standortfaktor und der anschwellende Ruf nach einer „aktiven Außenpolitik“. „Militärisch“ wurde diese ja längst durch Gerhard Schröder enttabuisiert. corvus



Trammplatz:
„Denk mal an
den unbekanntem
Deserteur!“

Foto: Ralf Buchtenkirchen

Erinnerung macht Schule

Über Jahrzehnte galt in unserer Republik die Formel von der unbewältigten oder schwierig zu bewältigenden Vergangenheit. Das Thema „Nationalsozialismus“ wurde vielfach in den Schulen nur widerstrebend und eher kursorisch behandelt. In den letzten Jahren hat sich hier ein bemerkenswerter Wandel vollzogen: Bürgerinitiativen begannen sich intensiv um Gedenkorte zu bemühen und sie als Gedenkstätten zu gestalten. So feiert in diesem Jahr die Initiative „Bürger gestalten ein Mahnmal“ den zwanzigsten Jahrestag der Einweihung des Mahnmals am ehemaligen KZ Ahlem. Hier mussten Häftlinge aus dem KZ Neugamme bis in die letzten Kriegswochen einen Asphaltstollen ausheben, in den Teile der Rüstungsproduktion der Conti-Werke bombensicher verlegt werden sollten.

Auch die öffentliche Hand ließ solchen Projekten verstärkt materielle und institutionelle Förderung zukommen. Die Gedenkstätte Ahlem, die an die Tätigkeit der Israelitischen Gartenbauschule und die später dort verübten Verbrechen der Gestapo erinnert, wird derzeit durch die Region Hannover großzügig um-

gestaltet. Die vielfältigen Initiativen gründeten mit Unterstützung der Landeshauptstadt und der Region Hannover das „Netzwerk Erinnerung und Zukunft“ (<http://www.erinnernundzukunft.de/>). Beim Kulturamt wurde das „Projekt Erinnerungskultur“ (<http://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur>) eingerichtet. Auch in den Schulen erlangte dieser Teil der Geschichte einen neuen Stellenwert. Zeitzeugen und Zeitzeuginnen wurden zu Berichten und Gesprächen in den Unterricht geladen. Der Besuch von Gedenkstätten und Gedenkveranstaltungen wurde immer häufiger wahrgenommen. So wurde der „Zug der Erinnerung“ von vielen Klassen besucht.

Dennoch besteht – nicht nur unter dem Gesichtspunkt „Erinnerung ohne Zeitzeugen“ – mit wachsendem zeitlichen Abstand das Problem, die Ereignisse vor einer abstrakten Historisierung zu bewahren. Auf Initiative von vielen Kolleginnen und Kollegen an den Schulen wurde hier ein guter Weg beschritten:

- die Übernahme von Patenschaften für Gedenkorte und Gedenkstätten;
- die Mitwirkung an der Gestaltung von Gedenkstunden an Gedenkstätten und im öffentlichen Raum;
- die Untersuchung der Ereignisgeschichte von Gedenkorten.

Aus der Vielzahl von Initiativen seien hier nur wenige herausgegriffen: Nachdem die IG Metall die Patenschaft für das Mahnmal am Maschsee-Nordufer übernommen hatte, wirkt die Jugendorganisation dieser Gewerkschaft regelmäßig am „Tag der Befreiung“ und am „Antikriegstag“ an der Gestaltung der Gedenkstunde mit. Auch die St. Ursula-Schule und die Bertha-von-Suttner-Schule haben Patenschaften für den Ehrenfriedhof übernommen. Die Jugendlichen haben daran mitgewirkt, aus einem anonymen Kriegsgräberfeld einen Friedhof zu gestalten, in dem die Einzelgräber erkennbar sind. Auch sie wirken bei der Gestaltung der Gedenkstunden mit. Die Heisterbergschule bzw. ursprünglich die Hauptschule Ahlem war schon frühzeitig mit dem Projekt Mahnmal KZ Ahlem verbunden und wirkt an den Gedenkfeiern mit. Am 9. November sind Schülerinnen und Schüler dieser Schule regelmäßig an der Gedenkstätte für die zerstörte alte Synagoge aktiv.

Schülerinnen und Schüler der Tellkampfschule umrahmten musikalisch 2012 eine Gedenkveranstaltung am Maschsee. Dort wurde eine Tafel enthüllt, die an die faschistischen Bücherverbrennungen erinnert. So engagiert und vielfältig diese Initiativen sind, so viel gäbe es noch zu tun! So ist die Geschichte Hannovers als industrielles Zentrum und damit auch Zentrum der Zwangsarbeit längst nicht ausreichend untersucht. Kaum bekannt und von den Verantwortli-



Foto: Projekt Erinnerung und Zukunft Hannover

Schülerinnen und Schüler der Tellkampfschule bei der Gedenkstunde

chen bisher nicht berücksichtigt ist z. B. der Umstand, dass die Käthe-Kollwitz-Schule und die Gerhart-Hauptmann-Schule an der Podbielskistraße auf einem Gelände errichtet wurden, auf dem die Firma Bahlsen ein Zwangsarbeitslager unterhalten hatte. Hier konkret zu recherchieren und die Ergebnisse zum Bestandteil des Schullebens zu machen, wäre eine lohnenswerte Aufgabe!

Reinhold Weismann-Kieser



Antikriegstag; Mahnmal am Maschsee



Fotos: rwnk

Schülerinnen und Schüler der Heisterbergschule am 9. November 2012.

Impressum:

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverbände Hannover Stadt und Land,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 66 20 -14/-15, Telefax 62 12 94,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortlicher Redakteurin i.S.d.P.:
Maren Kaminski,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Gesamtherstellung: apm AG, Darmstadt.

DIE GEW HANNOVER news erscheint dreimal im Jahr. Auflage: 5000 Exemplare. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

Aus dem Schulausschuss

Oberschulen nun doch in Hannover?

Gerüchtweise war vor der Schulausschusssitzung am 22. Januar zu hören gewesen, dass es in Hannover zukünftig nun doch Oberschulen geben solle, nachdem sich die Stadt jahrelang und auch zur Freude der GEW-Lehrervertreterinnen im Schulausschuss erfolgreich gegen die Einrichtung von Oberschulen gewehrt hatte. So waren alle auf den Bericht der Dezernentin Frau Drevermann gespannt, um über die Pläne der Stadtverwaltung diesbezüglich informiert zu werden.

Die Erwartungen wurden enttäuscht, denn sie äußerte sich erst auf Nachfrage der Eltern- und LehrervertreterInnen zögerlich dahingehend, dass sie „nur“ die SchulleiterInnen der Hauptschulen, Realschulen und HRSen zu einer „Vorabfragerunde“ eingeladen hätte. Befremdlich, dass die Lehrer-, Eltern- und SchülervertreterInnen in dieser Runde nicht willkommen waren. Die Gerüchteküche brodelte. So sollen einige Schulen im Stadtgebiet bereits begonnen haben, Konzepte für ihre neue Oberschule zu entwickeln und zu schreiben. Frau Drevermann wünscht sich integrative Schulen für Hannover. Da IGSen in der Stadt mindestens vierzünftig sein müssen, wären dann kleinere, integrativ arbeitende Schulen nur als Oberschulen möglich. Anfang März soll sich die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung im SEK I-Bereich wieder treffen und das Thema behandeln. Seltsam, dass die Oberschule als Schul-

form unter einer anderen Landesregierung vehement abgelehnt wurde, jetzt ist sie auf einmal eine überlegenswerte Alternative, die von einer ihrer ehemals schärfsten KritikerInnen nun den SchulleiterInnen empfohlen wird. Die Schulen, die sich für das Modell Oberschulen interessieren, sollten sich genau überlegen, ob sie wirklich Restschule werden wollen.

So attraktiv die Unterrichtsverpflichtung von 25,5 Wochenstunden und die eine oder andere Funktionsstelle sind, so abschreckend kann die Vorstellung sein, zukünftig in Hauptschulklassen mit bis zu 28 SchülerInnen zu unterrichten. Denn schon jetzt melden Eltern von realschulempfohlenen Kindern diese zunehmend an IGSen oder Gymnasien an. Und sie wissen, dass Oberschulen HRSen sind. An die Haupt- und Realschule im Fössefeld sei hier erinnert, deren SchülerInnenzahlen nach der Zusammenlegung trotz hervorragender

pädagogischer Arbeit so weit zurückging, dass die Schule geschlossen werden musste. Andererseits kann natürlich die Arbeit an einer kleinen überschaubaren Schule, wo jede/r jede/n kennt, für manche SchülerInnen den idealen Rahmen für eine individuell optimale Förderung bieten, egal, ob die Schule nun HS, RS, HRS, OBS oder noch besser: IGS heißt.

Birte Clasen, 29. Januar 2014

Nachtrag: Bis Redaktionsschluss ging dann auf einmal alles ganz fix: Kaum hatte sich OB Schostok auf dem Gesamtschultag öffentlich für die Einrichtung von Oberschulen in Hannover ausgesprochen (offenbar ohne Absprache mit den zuständigen Gremien der SPD und nicht zu deren Begeisterung), wurde bekannt, dass bereits zwei entsprechende Anträge (HRS Heisterbergschule, HS Pestalozzischule) vorliegen. Angepeilter Starttermin: Schuljahr 2015/2016.

Damit dürfte die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung im SEK I-Bereich einen Abnicktermin vor sich haben. Und die Mitglieder des Schulausschusses wissen mal wieder, welchen Stellenwert die Schulverwaltung den gewählten Gremien zuschreibt.

Irmela Weinhardt

Region Hannover plant die dritte Umstrukturierung ihrer berufsbildenden Schulen

Die Region Hannover, Schulträger der 15 berufsbildenden Schulen mit 37 612 Schülerinnen und Schülern und etwa 1600 Kolleginnen und Kollegen, plant die Fortschreibung ihres Berufsschulkonzeptes 2020 – das mediale Echo ist heftig.

Mit der Regionsbildung 2001 wurde die Region Hannover Träger aller 19 berufsbildenden Schulen von Stadt und Landkreis Hannover. Eine erste Umstrukturierung mit dem Ziel, Konkurrenzen abzubauen, wurde umgehend in Angriff genommen. Ergebnis langer Überlegungen war, neben der Auflösung von zwei Schulen, der Abschluss von Zielvereinbarungen im Jahre 2002. Die Schulleiterinnen und Schulleiter versprachen, auf jegliches Konkurrenzverhalten zu ver-

zichten. Das hat nicht geklappt. Die zweite Umstrukturierung wurde 2004 in Angriff genommen. Es wurden sogenannte „branchenspezifischen Kompetenzzentren“ gebildet, Doppelstrukturen sollten vermieden werden – ein Berufsfeld sollte nur noch an einer Schule beschult werden. Diese Struktur wurde in den Folgejahren umgesetzt. Ausnahme blieb das Berufsfeld Fahrzeugtechnik. Die geplante Verlagerung des gesamten Berufsfeldes an das sogenannte „Kompetenzzentrum Mobilität“ nach Burgdorf scheiterte aufgrund großer Widerstände. Zwar wurden die entsprechenden Bildungsgänge aus den Umland-Schulen in Burgdorf konzentriert, an der BBS 6 blieb das Berufsfeld aber erhalten. Nach dieser Neuordnung der Berufsfelder blieben noch 15 berufsbildende Schulen übrig.

Die dritte Umstrukturierung

Anlass ist die fällige Sanierung der BBS 3, der Schule am Bau. Diese ist, sagt die Schulverwaltung, so baufällig, dass nur noch Abreißen hilft. Eine Sanierung wird mit etwa 36 Millionen Euro beziffert. Was liegt da näher, als in Zeiten des demografischen Wandels umfassendere Ideen zu entwickeln. Schon im Juni 2013 hat die Regionsversammlung einige Grundlagen für die Fortschreibung des Berufsschulkonzeptes beschlossen. Neben der Aufgabe des Gebäudes der BBS 3, dem Erhalt der Umlandschulen und der Aufhebung von Außenstellen wurde der Bau von Mehrzweckhallen in Neustadt und im Berufsschulzentrum am Waterloopl原因 als Planungsgrundlage der Verwaltung vorgegeben.

1. MAI 2014

DGB

GUTE ARBEIT. SOZIALES EUROPA.

WWW.DGB.DE

Die Planungen liegen nun vor, am 11. März 2014 soll die Regionsversammlung beschließen.

Für große öffentliche Diskussion sorgen insbesondere drei Punkte:

- die Verlagerung des Berufsfeldes Fahrzeugtechnik nach Burgdorf und in der Folge die Auflösung der BBS 6,
- der Umzug der BBS Hannah-Arendt-Schule (HAS) vom Waterloo-Platz in das Gebäude der BBS 6 am Goetheplatz,
- die Verlagerung der Berufsschule für Steuerfachangestellte von der BBS Hannah-Arendt-Schule nach Springe bei gleichzeitiger Verlagerung der Berufsschule (BS) für Sozialversicherungsfachangestellte von der BBS 11 an die HAS.

Die Auflösung der BBS 6

Die BBS 6 wurde als eine Schule für SchülerInnen mit erheblichem Förderbedarf gegründet. Dieser Aufgabe haben sich die KollegInnen der BBS 6 in den vergangenen Jahrzehnten vorbildlich gewidmet, profi-

tiert haben insbesondere die SchülerInnen der BBS 6, aber auch die hannoverschen berufsbildenden Schulen. Trotz der immer wieder aufkommenden kritischen Diskussion über das nur in Hannover vorhandene Konzept der gesonderten Beschulung dieser SchülerInnen, hat die gute Arbeit der KollegInnen der BBS 6 für deren Erhalt gesorgt. Mit der Verlagerung des Berufsfeldes Fahrzeugtechnik (927 Schüler) ist allerdings der Bestand der BBS 6 als „Restschule“ kaum haltbar. Die übrig bleibenden 334 Schüler aus 11 Schulformen der Berufseinstiegschule und 180 Schüler der Werkstatt für Behinderte sollen nach den Planungen der Schulverwaltung auf sechs andere berufsbildende Schulen verteilt werden.

Sollten diese Planungen Wirklichkeit werden, wird es darauf ankommen, Konzepte zu entwickeln, die die anerkannt gute Qualität der Förderung dieser SchülerInnen unter den neuen Rahmenbedingungen gewährleisten.

Die Verlagerung von BBS 3 und BBS Hannah-Arendt-Schule

Die Planungen sehen vor, die BBS 3 in das Gebäude der HAS zu verlagern, während die HAS in das Gebäude der BBS 6 umziehen soll. Diese Planungen führen zu er-

heblichen Umbauten in beiden Gebäuden, um sie dem Bedarf der jeweiligen Schule anzupassen.

Nicht nachvollziehbar sind die Pläne, die HAS nicht nur räumlich zu verlagern, sondern auch inhaltlich umzustrukturieren. Die BS Steuerfachangestellten im Umfang von 391 SchülerInnen soll nach Springe verlagert und im Gegenzug sollen 212 SchülerInnen BS Sozialversicherungsfachangestellte von der BBS 11 an die Hannah-Arendt-Schule verlagert werden. Diese Planungen entbehren jeder inneren Logik, zumal im Gebäude der HAS Platz für beide Bereiche vorhanden wäre. Sollte es um die Ausnutzung von Raumkapazitäten in Springe gehen, ergeben sich sicher andere Lösungen mit geringerer Belastung für die Betroffenen.

Vorteile für die Region

Detaillierte finanzielle Aspekte der Planungen sind bisher nicht bekannt.

Nach überschlägiger Kalkulation soll die Umsetzung der Pläne der Schulverwaltung etwa 18 Millionen preiswerter werden als die fällige Sanierung der Schulgebäude. Zusätzlich würden in Neustadt und im Berufsschulzentrum je eine Mehrzweckhalle erbaut. Die Investitionen um die technische Ausstattung im Berufsfeld Fahrzeugtechnik könnten sich auf einen Standort konzentrieren.

Andreas Streubel

Die BBS 6 und Kritik an deren vorgesehenen Zerschlagung aus pädagogischer Sicht

Aus einer Stellungnahme des Regionseleiternrates:

Neben dem Berufsschulzweig ist dort seit 1981 ein Sonderpädagogisches Kompetenzzentrum in sechs Berufsfeldern tätig, welches über die Landesgrenzen hinweg als vorbildlich angesehen wird. Hierfür ist keine Ersatzbeschulung vorgesehen. Den Schülern mit Nachteilen wird somit eine faire Chance genommen, sich über diesen Weg eine Möglichkeit für ihre Zukunft zu schaffen.

Die vernünftigen und über Jahre gewachsenen pädagogischen Konzepte werden der Raumplanung geopfert. Dies geschieht allerdings ohne Berücksichtigung des damit entstehenden neuen Bedarfs an ca. 40 bis 50 Unterrichtsräumen. Es fehlt hier augenscheinlich ein schlüssiges Raumkonzept.

Das erfolgreiche und eingespielte Schulteam wird zerschlagen und auf andere Standorte verteilt.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung vermeldet am 3. Februar:

Die Professoren Julia Gillen und Günter Ratschinski konzentrieren sich in ihrer Stellungnahme dagegen auf die Berufseinstiegschule der BBS 6 für benachteiligte Jugendliche ohne Schulabschluss, die nach den Plänen der Region dezentral auf verschiedene andere Berufsschulen verteilt werden soll. Die Region ar-

gumentiert, dort sei die Anbindung an die späteren Ausbildungsberufe gegeben, auf die die Schüler in der Vorbereitungsphase hinsteuern. Gillen und Ratschinski widersprechen dieser Argumentation. Jugendliche in der Berufsvorbereitung seien sich ihrer Fähigkeiten und Neigungen nicht sicher. Eine Auswahl an Angeboten, wie sie die BBS 6 bietet, sei deshalb angemessen. Wenn Jugendlichen dagegen vorzeitig eine Berufsrichtung zugewiesen werde, seien deutlich erhöhte Abbruchquoten die Folge. Eine wichtige Aufgabe der Berufsvorbereitung an Berufsschulen sei neben der Berufsorientierung die Stabilisierung der Persönlichkeit. Die 50 Lehrer an der Berufseinstiegschule der BBS 6 haben aus Sicht von Gillen und Ratschinski ein „bewährtes und abgestimmtes Fördersystem entwickelt, das bundesweit als einmalig gilt“. Die Zusammenarbeit von Berufs- und Sozialpädagogen in der Schule sowie Kooperationspartnern außerhalb sichere die Qualitätsentwicklung der Schule. Beide Professoren arbeiten am Institut für Berufspädagogik der Leibniz-Uni. Gillen hat dort den Lehrstuhl für Organisations- und Qualitätsentwicklung in der beruflichen Bildung. Zu Ratschinskis Forschungsschwerpunkten gehören die Entwicklung beruflicher Ambitionen und Orientierungen und die empirische Benachteiligtenforschung.

7. Gesamtschultag mit Beteiligung von Bildungsbündnis Niedersachsen und GEW

Bereits das siebte Jahr in Folge kamen Anfang Februar die 26 Integrierten Gesamtschulen aus der Region Hannover, den Landkreisen Schaumburg, Nienburg, Hildesheim sowie der IGS Lüneburg zu ihrem Gesamtschultag zusammen. 350 Lehrkräfte nutzten den Fortbildungstag an der IGS Langenhagen, um innerhalb der Themenfelder Schule als Lebensraum, Teamarbeit und neue Herausforderungen an den Unterricht ein Leitbild „IGS 2020“ zu formulieren.

In seinem Eingangsreferat hob Schulleiter Wolfgang Kuschel hervor, dass die Zeiten, in denen Gesamtschulen in verschworener Gemeinschaft eine Sonderrolle spielten, endgültig vorbei seien. In den „Reformmotoren“ galt das Prinzip der unbedingten Schülerzugewandtheit, die immer mehr zum Stachel im Fleisch des dreigliedrigen Schulsystems wurden. Kuschel rief die Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich der Tradition der Gesamtschulbewegung stets bewusst zu sein. Austausch wie der Gesamtschultag sind eine Gelegenheit, um unter den sich verändernden Rahmenbedingungen Gelingensvoraussetzungen für eine Pädagogik der inneren Haltung zu definieren. Nach der Zeit der Sonderrolle müssen Gesamtschulen jetzt unter Beweis stellen, dass sie massentauglich sind. Dabei sind schnell verschiedene Szenarien skizziert, die auch eine Geschichte des Scheiterns erzählen. Mit viel Optimismus brachte Kuschel sein Selbstverständnis auf den Punkt: „Gute Gesamtschule ist selbstbewusst, offen politisch und, wenn es sein muss, auch frech. Sie setzt sich aktiv ein für die Rechte der zu kurz gekommenen. Sie erzieht ohne Ab-

striche zu Demokratie, Toleranz und Umweltbewusstsein und versteht sich bei aller Kooperation nicht als Erfüllungsgehilfe der jeweils Regierenden in Stadt und Land.

Gesamtschulen sind kritisch, mischen sich ein und scheuen die innere wie äußere Auseinandersetzung nicht“. Ermutigt durch die begeisternden Einführungsreden nahmen Mitglieder des Bildungsbündnisses Niedersachsen und der GEW an den thematischen Workshops teil und führten viele Gespräche am Informativ, u. a. zum aktuellen Positionspapier der Rahmenbedingungen von Ganztagsunterricht. *Maren Kaminski*



V.l.n.r.: Wolfgang Kuschel, Barbara Weismann-Kieser, Heike Fortmann, Heidemarie Dann, Ute Janus, Eberhard Brandt

Foto: Maren Kaminski



Wechsel in der GEW-Fraktion des SBPR



Margitta Millhahn (links) geht nach neun Jahren im SBPR in den Ruhestand, für sie rückt **Anne Kilian** (rechts) als Vertreterin der FG Gymnasien nach. Als mehrjährige Personalrätin am Gymnasium Mellendorf bringt Anne einiges an Erfahrung mit. In der GEW engagiert sie sich v. a. als eine der beiden Vorsitzen-

den der Bezirksfachgruppe und im Referat Tarif- und Beamtenpolitik. Neben allen gymnasialen Angelegenheiten widmete sich Margitta im SBPR v. a. dem Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz. Dort beriet sie nicht nur engagiert langzeiterkrankte Kolleginnen und Kollegen, sondern nahm beispiels-

weise zwischenzeitlich auch an den Verhandlungen zur Dienstvereinbarung Sucht teil. Wir danken Margitta ganz herzlich für ihre Arbeit und werden ihre unnachahmliche Art vermissen.

GEW-Fraktion im SBPR Hannover
Peter Lilje

Terminreminder

Mitgliederversammlung
am 13. März 2014 von 17 bis ca. 20.30 Uhr
im Freizeitheim Vahrenwald
Vahrenwalder Straße 92, 30165 Hannover

Die Diskussion zum Thema Inklusion wird eingeleitet mit einem Referat über
„Stand und Perspektiven der Inklusion in Niedersachsen.“

Des Weiteren wird in der Mitgliederversammlung über die Arbeit der Kreisverbände berichtet und über aktuelle Themen diskutiert.

Es werden folgende Wahlen durchgeführt:

KV Hannover-Stadt: 1. Vorsitzende(r), Schatzmeister/in, Schriftführer/in,
 stellvertretende Vorsitzende (Nachwahl)

KV Hannover-Land: Schatzmeister/in, Kassenprüfer/innen,
 stellvertretende Vorsitzende (Nachwahl)

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Beschluss zur Tagesordnung
3. „Inklusion – Anspruch und Wirklichkeit“
4. Aussprache
5. Aktuelles, Veranstaltungen
 - a. Diskussion zum Entwurf der Arbeitszeitverordnung mit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und der Streichung der Altersermäßigungen
6. Rechenschaftsbericht der Vorstände
7. Berichte der Kassenprüfer/innen
8. Entlastung der Schatzmeisterinnen/Entlastung der Vorstände
9. Wahl eines Wahlvorstandes
10. Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand
11. Wahl der Kassenprüfer/innen
12. Wahl der Delegierten für die BDK 2014 (H-Stadt 13 Del., H-Land 9 Del.)
13. Verabschiedung des Haushalts 2014
14. Verschiedenes

Für den organisatorischen Ablauf bitten wir um eine schriftliche Anmeldung an die
 GEW-Geschäftsstelle: E-Mail: gew@gew-hannover.de

Eine gesonderte Einladung wird nicht verschickt.

Ab 1. März 2014 können Unterlagen zur Mitgliederversammlung von der Homepage heruntergeladen werden.

Einladung

Sommerfest 2014 der GEW Hannover

- Jubilarehrung
- Schnupperkurs der GEW-Sambagruppe
- Zirkusvorstellung
- Kaffeeklatsch und Grillen

Wann? Samstag, 26. Juli 2014

Wo? Im Garten des „Haus der Jugend“
 Maschstraße 22-24 (Nähe Aegi), 30169 Hannover

15.00 Uhr: Kaffeetrinken und Aktionen für Kinder und Erwachsene

16.00 Uhr: Jubilarehrung

16.30 Uhr: Zirkusvorführung

17.15 Uhr: Samba und andere Aktionen für Kinder und Erwachsene

17.30 Uhr: Grillen

Zur weiteren Planung und Vorbereitung
 bitten wir um Anmeldungen an
gew@gew-hannover.de mit der
 Angabe der Anzahl der teilnehmenden
 Personen!



Einladung zum Themenabend

„Wie Jungen ticken und wie Schulbildung auch Jungen erreichen kann“

Montag, 17. März 2014, 17 Uhr, Künstlerhaus – Hofsaal, Sophienstraße 2, 30159 Hannover

In diesem Vortrag werden jungentypische Bildungsgewohnheiten vorgestellt und daraufhin untersucht, wie Lehrerinnen und Lehrer adäquat auf Jungen eingehen könnten, damit sie besser in der Schule „ankommen“.

Erprobte Aspekte der Jungenförderung werden vorgestellt und in ihrem Wirkungsgrad in jeweiligen Lebensalter beleuchtet.

Es werden sowohl Impulse zur konkreten Unterrichtsgestaltung als auch zur Förderung sozialer Kompetenz mit dem Ziel einer jungengemäßen Lernkultur gegeben.

Wir freuen uns, dass wir **Olaf Jantz** als Referenten gewinnen konnten.

Dipl. Päd. Olaf Jantz, Jugendbildungsreferent bei mannigfaltig e.V. – Institut für Jungen- und Männerarbeit Hannover, Evaluation und Prozessbegleitung in der Jungenarbeit

Interessierte melden sich bitte bis zum 12. März 2014 per E-Mail an gew@gew-hannover.de bei uns an, da die TeilnehmerInnenzahl begrenzt ist.

Entwürdigende Hängepartie

Hoch gelobt und unverzichtbar: Soweit waren sich stets alle Beteiligten einig, wenn es um die Arbeit der Sozialpädagoginnen im Hauptschulprofilierungsprogramm ging – haben diese doch seit über zehn Jahren für Hannovers HauptschülerInnen ein stabiles und effizientes Unterstützungssystem in Sachen Berufsorientierung aufgebaut.

Dies allerdings unter fragwürdigen arbeitsrechtlichen Bedingungen: Geld aus dem Landeshaushalt (soweit war die Verantwortung immerhin mittelbar zugestanden), aber: keine vollen Stellen; keine Anstellung beim Land, sondern individuelle Umwegfinanzierung über unterschiedlichste Träger wie Pro Beruf, kirchliche Gemeinden, schulische Fördervereine etc.; keine längerfristige Sicherheit, sondern stets befristete Finanzierung mit nervenaufreibender Wartereil auf erneute Mittelfreigabe; gedeckelte Festbeträge für die Landesmittel, mit der Konsequenz, dass jede Tarifierhöhung zu einer Reduzierung der Arbeitszeit (keineswegs aber zu vermindertem Aufgabenumfang) führt, weil die Gehälter nicht nach oben angeglichen werden können – und dann schließlich die Ansage, dass das Programm Ende 2014 auslaufen würde. Wer nun aber gedacht hatte, dass die neue Landesregierung angesichts ihrer vollmundigen Koalitionsvereinbarungen für Abhilfe sorgen würde, sah sich bitter getäuscht: Die angekündigte sozialpädagogische Unterstützung der Schulen bezog die Berufsorientierung der HauptschülerInnen nicht mit ein. Was folgte, war eine monatelange Hinhalte-„Diplomatie“, bei der man gelegentlich den Eindruck gewinnen musste, dass es den neuen HerrInnen über den Bildungshaushalt an Basiswissen fehlte, an Durchblick (in gewisser Weise verständlich angesichts der chaotischen Stellen-Finanzierungs-Konstrukte) und an Verantwortungsbewusstsein sowieso. Jedenfalls wurde den betroffenen KollegInnen deutlich gemacht, dass eine Finanzierung über 2014 hinaus nicht vorgesehen war. Was bedeutete: Ende der gezielten Betreuung für die SchulabgängerInnen der Hauptschulen, Zusammenbruch des mühsam aufgebauten Netzwerks zwischen Schulen und Betrieben, Jobverlust für die KollegInnen.

Fassungslosigkeit auf allen betroffenen Ebenen war die Folge und verschärfte Initiativen seitens der GEW und der Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit, mühsam und lange ohne greifbares Ergebnis. Kurz vor Weihnachten kam dann endlich doch noch eine vorläufige Entwarnung: Die Finanzierung der Stellen wird verlängert bis 2016, eine „dauerhafte Regelung“ – ohne finanzielle Bezifferung natürlich – im Rahmen der Novellierung des NSchG angestrebt.

Also: Ende gut, alles gut? Nicht wirklich. Zwar sieht die Lage jetzt deutlich entspannter aus als im letzten Jahr, das sei anerkannt; ebenso, mühsamst erkämpft, Lernfähigkeit bei den EntscheiderInnen. Zurück bleibt dennoch ein mehr als schaler Beigeschmack der entwürdigenden Hängepartie, die KollegInnen und Schulen über Monate zugemutet wurde. Praktizierte Fürsorgepflicht sieht anders aus!

Irmela Weinhardt



Hey Studies!

Ich heiße Kerstin Engel und bin eure Ansprechpartnerin an der Uni Hannover für alle Fragen oder Ideen zur GEW und auch sehr offen für kritische, politische Diskussionen. Da ich selbst

aktiv in der jungen GEW und der Fachgruppe Hochschule und Forschung mitarbeite, kenne ich die inhaltlichen Positionen, Strukturen und Arbeitsweisen recht gut und berate euch gern, wenn ihr wissen wollt, was die GEW zu bieten hat. Außerdem organisiere ich Infotische und unterschiedliche Veranstaltungen rund um die Themen (kritische) Bildung, Studium, pädagogische Berufe und gewerkschaftliche Politik. Guckt nach Plakaten und schaut doch einfach mal vorbei! Wenn ihr Kontakt aufnehmen wollt, mailt mir an engel@gew-hannover.de Ich freu mich drauf ;)

Öffnungszeiten der GEW-Geschäftsstelle in den Osterferien:

Vom 7. bis 18. April sind wir montags, dienstags und donnerstags von 10 bis 13 Uhr persönlich und telefonisch erreichbar. Am 22. April bleibt die Geschäftsstelle ganztätig geschlossen.

Wir wünschen euch erholsame Feiertage!

Euer Geschäftsstellen-Team